

Arbeitsauftrag

Verständnisfragen

1) Kreuzen Sie die korrekten Aussagen an und erklären Sie bei den falschen Aussagen in einem vollständigen Satz, weshalb diese nicht korrekt sind.

- Die Theorie der Politischen Ökonomie nimmt an, dass Politikerinnen und Politiker in einer Demokratie immer dem Gemeinwohl verpflichtet sind.

- Der Homo oeconomicus wird auch in der Politischen Ökonomie als eine hilfreiche Vereinfachung genutzt.

- Ein einzelner Mensch geht wählen, weil er das Wahlergebnis entscheidend beeinflussen kann.

- Die mit den Wahlen verbundenen Kosten (Opportunitäts- und Informationskosten) können vernachlässigt werden.

2) Kreuzen Sie die falsche Aussage an und erklären Sie in einem vollständigen Satz, weshalb diese nicht korrekt ist.

- Lobbying bezeichnet die Einflussnahme von Interessengruppen an politischen Entscheidungen.

- Kleine, aber von den politischen Rahmenbedingungen stark betroffene Interessengruppen können leichter Einfluss auf Entscheidungsträger nehmen als solche, die gross, aber schwach betroffen sind.

- Die Politische Ökonomie betrachtet den Staat als komplexes Gebilde mit individuellen Marktteilnehmenden.

- Das Medianwählermodell besagt, dass in einem Wahlkampf vor allem die Positionen am linken und am rechten Rand umkämpft sind.

- 3) Tragen Sie die folgenden sechs Begriffe in den Lückentext ein (jeder Begriff soll genau einmal zugeordnet werden):
Rahmenbedingungen, Rent-Seeking, Interessengruppen, Lobbying, Ineffizienz, Steuergelder

Unter einer politischen Rente versteht man ein Einkommen ohne Arbeitsleistung, etwa in Form eines Mehreinkommens oder Prestiges, indem politische _____ zugunsten der eigenen Interessen geformt werden. Dies führt in vielen Fällen zu _____ im politischen und wirtschaftlichen System. Dieses Verhalten wird auch _____ genannt. So haben z.B. Beamtinnen und Beamte einen Anreiz, ihren Verwaltungsapparat aufzublasen, weil sie dadurch mehr Einfluss und Prestige gewinnen. Beamtinnen und Beamte gehen dabei allenfalls weniger sorgsam mit _____ um. Ein weiteres Beispiel sind Politikerinnen und Politiker, welche in erster Linie ein Interesse haben, ihren eigenen Wählern Vorteile zu verschaffen. Dies kann zu Subventionen für einen kleinen Teil der Bevölkerung führen, die vom grossen Teil der Bevölkerung bezahlt werden müssen. Neben Beamten und Politikern machen sich auch _____ das politische System zunutze. Die aktive Einflussnahme von professionell organisierten Interessengruppen auf die Meinungsbildung von politischen Entscheidungsträgern nennt man _____.

- 4) Was versteht man unter dem «Wahlparadox»? Welche Annahmen werden dabei gemacht?

- 5) Eine Volksinitiative möchte Einkommen über 100 000 Franken höher besteuern, zugunsten aller Einkommen unterhalb dieses Betrags. Der Medianwähler verfügt über ein Einkommen von 60 000 Franken pro Jahr. Was für ein Abstimmungsausgang ist nach dem Medianwählermodell zu erwarten? Nehmen Sie dabei zur Vereinfachung an, dass die Einführung der Steuer die Einkommensverteilung und die Anreize nicht verändert.

Vertiefungsfragen

- 6) Gemäss dem Modell des Homo oeconomicus macht es für Menschen aus nutzenmaximierender Sicht keinen Sinn, an Abstimmungen teilzunehmen (Wahlparadox). Überlegen Sie sich, weshalb Menschen trotzdem abstimmen.

- 7) Bei Entscheidungen von Regierungen können in der kurzen Frist andere Effekte auftreten als in der langen Frist. Welche Entscheidungen werden von einer Regierung wohl eher getroffen?

8) In einem Gemeinderat sind die Parteien Grüner Wind und Gaumengenuss mit je 30 Prozent der Stimmen vertreten. Die restlichen 40 Prozent der Gemeinderatssitze werden von kleineren Parteien besetzt. Die Partei Grüner Wind möchte in der Gemeinde unbedingt einen Windpark bauen. Die Partei Gaumengenuss will unter allen Umständen eine durch die Gemeinde subventionierte Kochschule errichten. Beide Parteien möchten in erster Linie, dass ihr Projekt im Gemeinderat angenommen wird. Gegenüber dem Projekt der jeweils anderen Partei sind sie zwar offen, sehen aber keinen direkten Nutzen für sich. Die Parteimitglieder von Grüner Wind essen zwar gerne, die Errichtung einer Kochschule ist ihnen aber nicht so wichtig. Ähnlich steht die Partei Gaumengenuss dem Windpark gegenüber. Die Parteimitglieder von Gaumengenuss finden grüne Energie zwar grundsätzlich gut, sehen jedoch zurzeit keinen Handlungsbedarf diesbezüglich. Der Gemeinderat stimmt über jedes Projekt einzeln ab. Das Projekt gilt als angenommen, wenn die Mehrheit der Ratsmitglieder dafür stimmen.

a) Was könnten die beiden Parteien tun, um ihre Projekte zu verwirklichen?

b) Wer gewinnt, wer verliert?

c) Wozu kann diese Verhaltensweise im Allgemeinen führen?